

## Inhalt

- 2 Wohnen leitet Mobilität:** Ein gemeinsames Kompetenzzentrum des Verkehrsclub Deutschland mit dem GdW soll innovative Mobilitätskonzepte ins Quartier bringen.
- 3 Energiewende:** Um die CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale im Gebäudesektor zu erschließen, braucht es vor allem die richtigen politischen Rahmenbedingungen.
- 4 Sozialer Wohnraum:** Die niedersächsische Landesregierung plant, 400 Millionen Euro für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung zu stellen.

## Die Nominierten der European Responsible Housing Awards 2019 stehen fest

Brüssel – Aus insgesamt 16 europäischen Ländern gingen knapp 100 Wettbewerbsbeiträge ins Rennen um die European Responsible Housing Awards 2019. Aus allen Einreichungen wurden 25 Projekte in fünf verschiedenen Kategorien nominiert. Neben Projekten aus Schweden, Spanien und Belgien haben es auch fünf deutsche Projekte von Mitgliedsunternehmen des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW unter die Nominierten geschafft.



Das Projekt der Joseph-Stiftung in Bamberg ist eines von fünf nominierten wohnungswirtschaftlichen Projekten aus Deutschland. Ein Unterwasserkraftwerk in der Regnitz versorgt dort die Nachbarschaft mit erneuerbarer Energie.

Die von der EU geförderte Initiative „Responsible Housing“ unterstützt mit dem Wettbewerb vorbildliche Projekte im Bereich des sozialen Wohnungsbaus. Bewertet wurden die eingereichten Projekte anhand ihres Beitrags in den folgenden Bereichen: Faire Finanzierung von bezahlbarem Wohnraum; More than a roof; Chancengleichheit für Gemeinschaften unterstützen; Leaders of Innovation; Akteure für einen fairen Energiewandel; Starke Partnerschaften bilden; Partizipa-

tion und Teilhabe fördern; Teams stärken, Mitarbeiterbedürfnisse ansprechen

In der Kategorie „More than a roof – Chancengleichheit für Gemeinschaften stärken“ hat es das Projekt Nettelbeckplatz der **Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892 eG** unter die Nominierten geschafft. In einem experimentellen und zugleich innovativen Ansatz wurde ein Häuserkomplex aus den 70er Jahren erneu-

Weiter auf Seite 2 ➔

## Aktuelle Meldungen

### Scholz verschiebt Grundsteuerreform

Der Gesetzentwurf zur Grundsteuerreform wird aller Voraussicht nach nicht wie geplant am 30. April vom Kabinett verabschiedet, wie die *WirtschaftsWoche* online am 17. April 2019 berichtete. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) plane nun zunächst eine Veranstaltung mit Verfassungsrechtlern. (wi)

### Wirtschaftsministerium legt Fortschrittsbericht zur Energiewende vor

Der zweite Fortschrittsbericht zur Energiewende des Bundeswirtschaftsministeriums zieht eine positive Bilanz für den stetig wachsenden Anteil erneuerbarer Energien, kritisiert aber die Fortschritte zur CO<sub>2</sub>-Verminderung in den Bereichen Verkehr und Gebäude als zu gering. Eine steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung sei dringend notwendig, ist bislang im Haushaltsplan allerdings nicht vorgesehen, berichtete das *Handelsblatt* am 17. April 2019. (wi)

### Verbraucherpreise für Energieprodukte gestiegen

Die Verbraucherpreise in Deutschland lagen im März 2019 um 1,3 Prozent höher als im März 2018. Energieprodukte verteuerten sich im Vorjahresmonatsvergleich um 4,2 Prozent. Dabei stiegen vor allem die Preise für leichte Heizöl um 13,5 Prozent und Fernwärme um fünf Prozent. Deutlich teurer als im Jahr zuvor war auch der Strom mit plus 2,9 Prozent, berichtete das Statistische Bundesamt am 11. April 2019. (wi)

Fortsetzung von Seite 1

ert. Der Komplex beherbergt verschiedene Wohneinheiten, die dem Zusammenleben in unterschiedlichen Wohnformen gerecht werden. Großzügige Gemeinschaftsräume unterstützen das Leben in Gemeinschaft.

Gleich zwei Wohnungsunternehmen wurden für ihre Projekte im Bereich „Leaders of innovation – Akteure für einen fairen Energiewandel“ nominiert. Die **Wilhelmshavener Spar- und Baugesellschaft eG** überzeugte mit ihrem energieautarken Wohngebäude. Zwei Drittel der genutzten Energie werden durch Bauart und neueste

Technologien im Gebäude selbst generiert und senken dadurch die Energiekosten für die Mieter. Ein Studentenwohnheim der **Joseph-Stiftung** inmitten des Weltkulturerbes Bamberg wird durch ein Unterwasserkraftwerk komplett emissionsfrei mit „grüner Energie“ versorgt. Davon profitiert auch die umliegende Nachbarschaft inklusive eines Hotels und Restaurants.

Mit ihrem Projekt Pflege@Quartier ist die **GESOBAU AG** für den European Responsible Housing Award in der Kategorie „Starke Partnerschaften bilden, Partizipation und Teilhabe fördern“ nominiert.

Ein innovativer Lösungsansatz aus technischen Assistenzsystemen und persönlichen Dienstleistungen ermöglicht es pflegebedürftigen Menschen, sich weiterhin selbstständig in ihrem gewohnten Wohnumfeld zu versorgen.

Der City Campus der **Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin** bietet ein umfassendes Lern- und Innovationsprogramm zur Weiterentwicklung der Mitarbeiter und des Unternehmens und ist damit in der Kategorie „Teams stärken, Mitarbeiterbedürfnisse ansprechen“ nominiert. Zudem ist das Freiwilligen-Projekt „1.100 Stunden sozial engagiert“ der **GESOBAU AG** als zweiter deutscher Beitrag innerhalb dieser Kategorie nominiert. Über die Projektdatenbank haben sich bisher bereits 300 Freiwillige für Nachbarschaftsinitiativen, Schulen und andere Aktionen engagiert.

Weitere nominierte Projekte aus ganz Europa zeigen wegweisende Ansätze für innovative Quartiersentwicklung und sozialen Wohnungsbau. Die Gewinner des European Responsible Housing Awards 2019 werden im Rahmen des International Social Housing Festival am 6. Juni in Lyon ausgezeichnet. (koch) ■

➔ Mehr Informationen zu den 25 Nominierten finden Sie unter <https://bit.ly/2G7BYhF>

Anzeige

## Entwicklung

Bei einer „Minga“ arbeiten Menschen zusammen für die Gemeinschaft. Die DESWOS hilft weltweit, Traditionen der SELBSTHILFE neu zu entwickeln!

---

DESWOS-Spendenkonto  
IBAN: DE87 3705 0198 0006 6022 21



**DESWOS**

Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen e.V.

[deswos.de](https://deswos.de)



ecuador

## Wohnen und Mobilität: Klimaschutz durch integrierte Mobilitätskonzepte

Berlin – Neben Maßnahmen am Gebäude selbst sind integrierte Mobilitätskonzepte im Quartier und innovative Ideen für den Stadtverkehr ein weiterer Baustein für mehr Klimaschutz. Für die Wohnungswirtschaft als einer der Hauptakteure für Stadt- und Quartiersentwicklung sind wohnstandortnahe Mobilitätskonzepte daher ein zunehmend wichtiges Handlungsfeld. Um die Umsetzung neuer Mobilitätskonzepte im Quartier voranzubringen, plant der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW gemeinsam mit dem ökologischen Verkehrsclub Deutschland (VCD) die Gründung eines Kompetenzzentrums.



Quelle: VCD

Bei der Weiterentwicklung von Quartieren steht die Wohnungswirtschaft vor der Herausforderung,

ökologische Aspekte mit anderen gesellschaftlichen Entwicklungen in Einklang zu bringen. Dabei spielt Mobilität für die Gestaltung lebenswerter Quartiere, Städte und Regionen eine zunehmend wichtige Rolle. Bislang haben sich Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Verminderung weitestgehend auf energetische Sanierungen und Anlagenoptimierung der Gebäude konzentriert. In vielen Fällen ist die energetische Sanierung jedoch auf einem Level angekommen, bei dem Kosten für weiterführende Maßnahmen das Einsparpotenzial übersteigen.

Durchdachte wohnstandortnahe Mobilitätskonzepte sind hier allerdings eine weitere Möglichkeit, Emissionen einzusparen. E-Mobility und Share-Konzepte für Autos und Fahrräder sind dabei nur zwei Wege, um Ressourcen zu schonen.

Die Verbindung von Wohnen und Mobilität ist auch ein Schlüssel bei der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Hier müssen vor allem für verkehrsinfrastrukturschwache Regionen und Gemeinden neue Mobilitätslösungen zur besseren Erreichbarkeit mitgedacht und umgesetzt werden. Auch für die zunehmend alternde Bevölkerung spielen wohnstandortnahe Mobilitätskonzepte eine entscheidende Rolle bei der Versorgung und sozialen Integration.

### Neues Kompetenzzentrum

Ziel des gemeinsamen Kompetenzzentrums von VCD und GdW ist es, durch verstärkte Kooperationen zwischen Wohnungsunternehmen, Kommunen und Mobilitätsdienstleister den wohnstandortnahen Zugang zu klimaverträglichen Verkehrsmitteln zu erleichtern. Das Kompetenzzentrum soll den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Wohnungsunternehmen und Dienstleistern etablieren und durch Best Practice Beispiele die Nachahmung gelungener Projekte bei den Unternehmen vor Ort fördern. (fay/koch) ■

➔ Mehr Informationen zum Projekt „Wohnen leitet Mobilität“ sowie einige Best Practice Beispiele finden Sie unter <https://bit.ly/2sepVKg>

## „Der Gebäudewende fehlt der Push“

Essen – Manager aus der Energie- und Immobilienbranche bemängeln mit Blick auf die schleppende Energiewende im Gebäudesektor die regulatorischen Rahmenbedingungen sowie die fehlende Vernetzung. Dies geht aus den Stellungnahmen hervor, die im Rahmen des „Immo-Energiewende-Index“ von energate und Ista erhoben wurden.

### ENERGIENACHRICHTEN

Hier lesen Sie jede Woche aktuelle Energie-Meldungen unseres Medienpartners **energate** – Fachmedium für Energiethemen

„Die Klimaziele sind nur erreichbar, wenn auch der Gebäudesektor einbezogen wird“, sagte etwa **Frank Höpner**, Mitglied der Engie-Geschäftsführung und einer der befragten Manager. Ihm fehlt dabei in der Politik neben Gesetzen und Regularien auch ein Stück weit die Kreativität. „Das Förderprinzip der vornehmlichen Technologieförderung ist mir noch zu ausgeprägt. Effektivität benötigt mehr Kreativität“, so Höpner.

„Die Energiewende ist noch keine Wärmewende“, konstatierte etwa **Jan-Christoph Maiwaldt**, CEO der Hamburger Noventic Group. Potenziale lassen sich seiner Meinung nach vor allem dadurch erschließen, die oftmals bereits bestehende digitale Infrastruktur im Gebäude verpflichtend zu nutzen. Die entsprechende Gerätetechnik und digitale Anwendungen stünden längst zur Verfügung. „Mir fehlt insgesamt der Push“, sagte **Yüksel Sirmasac**, CEO des IT-Dienstleisters Rockethome. „Die Technik ist da. Umsetzungswille durch die Wohnungswirtschaft ist auch da – jedoch fehlen noch die Rahmenbedingungen, die von der Politik vorgegeben werden sollten.“

#### Fortschritte nur langsam

Dass die Politik nachlegen sollte, das sahen einige seiner Kollegen ähnlich. „Um die Energiewende im Gebäudesektor erfolgreich gestalten zu können, bedarf es der Einhaltung einer Vielzahl von Gesetzen“,

so **Eric Burkhard** vom Regionalversorger Zeag Energie aus Heilbronn. Der aktuelle politische Rahmen schaffe derzeit keinen strukturierten Marktzugang. Besonderen Optimierungsbedarf sieht er beim Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) und der Energieeinsparverordnung (EnEV). **Ingo Schönberg** von der Power Plus Communications AG bemängelte das Tempo der Digitalisierung. „Die vorhandenen Lösungen in den Immobilien sind meist noch nicht vernetzt“, so Schönberg. Zwar sei die Roadmap des Bundeswirtschaftsministeriums zur Digitalisierung ein erster richtiger Schritt, „die Ansätze entfalten aber erst in den nächsten Jahren Wirkung“.

#### Der energetischen Sanierung fehlt es an Wirtschaftlichkeit

**Guido Moritz**, Vorsitzender des Vorstandes des IT-Dienstleisters SIV AG, sieht den Bereich der energetischen Sanierung als weitere große Baustelle. Hohe Vorgaben zur Sanierung und die damit verbundenen Kosten, machten dies unattraktiv. Geringere Vorgaben würden intelligentere marktwirtschaftliche Lösungen ermöglichen, meint der Vorstandsvorsitzende. So

ließen sich auch Baumaßnahmen mit einer direkteren Wirkung umsetzen.

energate und Ista haben den Immo-Energiewende-Index zum zweiten Mal ermittelt (energate berichtete). In der aktuellen Umfrage bewerteten 77 Prozent der Vorstände und Geschäftsführer aus der Energie-, Immobilien- und IT-Wirtschaft den aktuellen Fortschritt der Gebäudewende negativ. Annähernd drei Viertel der Teilnehmer bezeichnet die politischen Rahmenbedingungen dafür als unzureichend. Bei der ersten Umfrage vor einem Jahr waren es noch zwei Drittel. (ml/schi) ■

➔ Weitere Infos finden Sie unter <https://bit.ly/2VWfKGh> oder unter diesem QR-Code:



#### Medienpartnerschaft

Die wi kooperiert im Rahmen einer Artikelserie zum Themenbereich Energie mit dem Medienhaus energate. Seit dem Jahr 2000 steht energate für eine aktuelle Berichterstattung über Energiethemen sowie für passgenaue Inhalte zur B2B-Kommunikation. Im Rahmen der Kooperation erhalten wi-Leser Sonderkonditionen auf den Bezug des energate-Infoservices „energate immo“.

➔ Mehr Infos zu den Sonderkonditionen und kostenlose Testoptionen finden Sie unter [www.energate-immo.de/wi](http://www.energate-immo.de/wi)

## Forschungsprojekt zum Wärmecontracting: Zukünftige energetische Maßnahmen fokussieren auf die Heizungsoptimierung

Der 2018 vorgelegte Klimaschutzbericht 2017 der Bundesregierung definiert für 2030 eine ambitionierte CO<sub>2</sub>-Reduzierung auf fünf Prozent. Auch wenn der Gebäudesektor im Jahr 2014 schon 43 Prozent CO<sub>2</sub>-Reduktion erreichte, sind zukünftig für die Ziele 2030 und 2050 weitere erhebliche Anstrengungen erforderlich. Da ein Großteil der Geschosswohnungsbauten in Deutschland bereits gedämmt wurde, liegen die zukünftigen Effizienzsteigerungen in der Optimierung der Anlagentechnik. Sie ist nicht nur ökologisch geboten, son-

dern auch unumgänglich, da mehr als die Hälfte der Heizungsanlagen im Wohnungsbau älter als 20 Jahre sind.

Der Vermieter hat seine Wohnungen mit Wärme zu versorgen, ist aber bei der Wahl der Anlagenart und dem Konzept der Wärmelieferung frei. Er kann eine eigene Heizungsanlage bauen und betreiben – die sogenannte Eigenversorgung – oder er kann Dritte mit der Wärmelieferung beauftragen – also eine gewerbliche Wärmelieferung durchführen, auch Contracting

genannt. Im Rahmen des Forschungsprojektes „Wärmecontracting“, finanziert durch den Verein Wohnen in Genossenschaften, wurden die unterschiedlichen Geschäftsmodelle zur Wärmelieferung untersucht und detailliert hinsichtlich der Praxistauglichkeit für kleinere und mittlere Wohnungsunternehmen mit konkreten Handlungsempfehlungen bewertet. (ras/schi) ■

➔ Den Abschlussbericht zum Forschungsprojekt können Sie zum Selbstkostenpreis unter [www.wohnen-in-genossenschaften.de](http://www.wohnen-in-genossenschaften.de) bestellen.



## Dualer Bachelor-Studiengang startet an der EBZ Business School

**Berlin/Bochum – Der duale Studiengang Business Administration mit Vertiefung „Accounting, Finance & Taxation“ startet zum 1. Oktober 2019 an der EBZ Business School. Die Kooperation des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW und seiner Regionalverbände mit der EBZ Business School in Bochum geht nach vier erfolgreichen Durchläufen nun schon zum fünften Mal an den Start und kombiniert auf besondere Weise Theorie und Praxis.**



Innerhalb von drei Jahren erhalten die Studierenden eine breit gefächerte, solide betriebswirtschaftliche Grundaus-

bildung mit Schwerpunkten im Bereich Rechnungslegung und Prüfung, aber auch Vertiefungswissen im wohnungs- und immobilienwirtschaftlichen Bereich. Die Studierenden schließen mit dem „Bachelor of Arts Business Administration“ mit Schwerpunkt „Accounting, Finance & Taxation“ ab. Dieser Abschluss ermöglicht auch eine anschließende Weiterentwicklung zum Master of Business Administration. Die Kombination von theoretischem Wissen und praktischem Bezug wird durch die intensive Unterstützung der regionalen Prüfungsorganisationen des GdW und der verbandsnahen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften möglich gemacht. Zusätzlich zu

der regulären Vergütung des praktischen Ausbildungsteils in den Unternehmen übernehmen die Arbeitgeber auch die gesamten Studiengebühren.

Durch dieses Angebot sammelt jeder Studierende bereits während des Studiums praxisnahe und abwechslungsreiche Erfahrungen im Bereich der Rechnungslegung und Prüfung von Wohnungsunternehmen und ist damit bestens für den anspruchsvollen Arbeitsmarkt ausgebildet. Nach erfolgreichem Studienabschluss haben Absolventen die Möglichkeit, in den Prüfungsorganisationen des GdW beziehungsweise der verbandsnahen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften weitere Berufserfahrung zu sammeln.

Das duale Studienprogramm wird an den Standorten der GdW-Prüfungsorganisationen Berlin, Hamburg, Dresden, Frankfurt/Main, Stuttgart, München und

Hannover angeboten. Bis zum **15. September 2019** können sich Interessierte um einen dualen Studienplatz bewerben. **(koch) ■**

Schicken Sie Ihre Bewerbung inklusive Lebenslauf, Zeugnisse, einem einseitigen Motivations schreiben sowie zwei Wunschstandorten an: **bewerbung@gdw.de**

Für weitere Informationen zum Studienangebot oder dem Bewerbungsverfahren kontaktieren Sie: WP/StB Ingeborg Esser: [esser@gdw.de](mailto:esser@gdw.de) oder WP Claudia Buchta: [buchta@gdw.de](mailto:buchta@gdw.de)

➔ **Mehr Informationen zu den regionalen Prüfungsverbänden erhalten Sie unter [www.gdw-pruefungsverbaende.de](http://www.gdw-pruefungsverbaende.de)**

## AUS DEN VERBÄNDEN

### Kehrtwende im Wohnungsbau: Niedersachsen stellt 400 Millionen Euro für die Wohnraumförderung bereit – aber es bleibt viel zu tun

**Hannover – Die niedersächsische Landesregierung wird aus dem Haushaltsüberschuss des Jahres 2018 insgesamt 400 Millionen Euro für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung stellen. Der Betrag wird nach ersten Berechnungen bis 2023 für die Förderung von insgesamt 14.000 Wohneinheiten ausreichen, darunter auch Studentenwohnungen. Bauminister Olaf Lies, Heiner Pott, Verbandsdirektor des Verbandes der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen (vdw), und Randolph Fries vom Mieterbund haben bei einer gemeinsamen Pressekonferenz am 9. April 2019 einmütig von einem „Riesenschritt in die richtige Richtung“ gesprochen. Die Arbeit des „Bündnisses für bezahlbares Wohnen“ habe Früchte getragen.**

„Unsere Initiative, das Bündnis ins Leben zu rufen und damit endlich alle wohnungspolitischen und wohnungswirtschaftlichen Akteure in Niedersachsen an einen Tisch zu holen, hat nicht nur in der Fachöffentlichkeit großen Anklang gefunden“, sagte vdw-Verbandsdirektor Pott. „Wir haben darüber hinaus mit unserer Hartnäckigkeit ganz maßgeblich zum Neustart der Wohnraumförderung und somit zu einer Kehrtwende in der Wohnungspolitik beigetragen. Für diesen Erfolg gebührt den vielen Mitgliedsunternehmen, die sich in zahllosen Beratungen im Bündnis engagiert haben, großer Dank.“ Lies verwies darauf, dass die Partner im Bündnis, insbesondere der vdw, „mächtig Druck“ auf die Landesregierung gemacht hätten. „Jetzt müssen wir alle zeigen, dass die Wohnraumförderung funktioniert.“ Der Minister betonte,

dass bis 2023 mit einem Gesamtfördervolumen für den öffentlichen Wohnungsbau in Höhe von 1,7 Milliarden Euro zu rechnen sei – darin einberechnet sind unter anderem auch die Entflechtungsmittel vom Bund, die jährlich rund 94 Millionen Euro betragen. „Die Zusage der Landesregierung, nach mehr als 15 Jahren wieder mit eigenen Mitteln in den sozialen Wohnungsbau einzugreifen, ist ein wichtiges sozialpolitisches Signal. Es ist zugleich der Startschuss für einen Langstreckenlauf“, betonte Verbandsdirektor Pott. „Um das von Ministerpräsident Stephan Weil und dem Bündnis formulierte Ziel zu erreichen, bis 2030 insgesamt 40.000 bezahlbare Wohnungen zu errichten, müssen aber zusätzliche finanzielle Anstrengungen unternommen werden. Weitere Herausforderungen sind die enorm gestiegenen Baukosten, die güns-

tige Mieten praktisch unmöglich machen. Außerdem fehlt allerorten Bauland, und die Kapazitäten des Bauhandwerks sind ebenfalls erschöpft. Zu diesen Punkten hat des Bündnis ebenfalls Vorschläge erarbeitet, die nun umgesetzt werden müssten.“ Nach den finanziellen Zusagen des Landes setzt sich der vdw nun dafür ein, dass das Ministerium schnellstmöglich die neuen Förderrichtlinien vorlegt. Die vdw-Mitgliedsunternehmen stehen in den Startlöchern. Bei einer internen Umfrage haben 50 niedersächsische Wohnungsgenossenschaften und -gesellschaften für die nächsten zwei Jahre den Bau von insgesamt 3.200 öffentlich geförderte Wohnungen angekündigt. **(ens/schi) ■**

➔ **Einen Video-Clip des vdw zur Entwicklung der Sozialwohnungsbestände in Niedersachsen finden Sie hier: <https://bit.ly/2UIMXII>**

**Mediationstechniken für Nachbarschaftskonflikte**

18. Juni 2019, Hamburg

Bei schwierigen Konflikten zwischen Nachbarn reichen die klassischen Instrumente der Wohnungsbewirtschaftung nicht aus. Sozialarbeiter und andere Spezialisten kommen dann mit Techniken der Mediation zum Zuge, die aus der Vermittlung sozial nähräumiger Konflikte geläufig sind. Diese Techniken müssen allerdings so angewendet werden, dass sie zu den Aufgaben eines Wohnungsunternehmens passen. Inhaltliche Schwerpunkte sind unter anderem methodische Aufgaben in der Vermittlung, Ablauf und Phasen einer Mediation, Lösungsoptionen am runden Tisch, unterschiedliche Konflikttypen sowie stabile Vereinbarungen erreichen.

**Weitere Infos:** VNW, Andreas Daferner, Telefon: 040/52011218, E-Mail: daferner@vnw.de, Internet: www.vnw.de

**Social Media und Recht**

4. Juli 2019, München

Facebook, Twitter, YouTube & Co. sind mittlerweile fester Bestandteil im Marketing- und Kommunikations-Mix: Kampagnen, Gewinnspiele, Bilder, Texte, Videoclips und auch Musik werden dort von Unternehmen und Usern eingestellt und verlinkt, Nachrichten gepostet und Daten gesammelt. Umso wichtiger ist es, sich mit den rechtlichen Rahmenbedingungen für soziale Netzwerke und Communities zu beschäftigen. Denn aus den neuen technologischen Entwicklungen ergibt sich eine Reihe von Rechtsfragen. Schwerpunkte dieses Seminars sind unter anderem ein Überblick über die rechtlichen Rahmenbedingungen rund um die sozialen Kommunikationsplattformen und Technologien auch im mobilen Online-Bereich, Urheber- und Lizenzrecht, Persönlichkeitsrecht, werbe- und wettbewerbsrechtliche Aspekte sowie Haftung für Inhalte und Datenschutz.

**Weitere Infos:** EBZ, Bianca Skottki, Telefon: 0234/9447575, E-Mail: m.thon@e-b-z.de, Internet: www.e-b-z.de

**Steuerrecht**

ab 5. August 2019, Berlin

Die steuerrechtlichen Anwendungsfälle in der Immobilienwirtschaft sind vielfältig. Dies gilt auch angesichts zusätzlicher Geschäftsfelder, welche mit dem Betrieb und der Vermietung von Liegenschaften zusammenhängen. Hierzu zählen etwa Mieterstrom, Gästewohnungen und sonstige Zusatzangebote für Kunden, um einige Beispiele zu nennen. Im Seminar „Steuerrecht - Überblick zur steuerlichen Behandlung von Immobilien“ werden unter anderem die Umsatzsteuer inklusive Vermietungsumsätze und Nebenleistungen zur Vermietung, die Ertragsteuer, die Gewerbesteuer, die Grunderwerbsteuer inklusive Share Deal und Umstrukturierung im Konzern sowie die Grundsteuer behandelt.

**Weitere Infos:** BBA, Kathrin Rosenmüller, Telefon: 030/23085535, E-Mail: kathrin.rosenmueller@bba-campus.de, Internet: www.bba-campus.de

## VERANSTALTUNGS-TIPP

13. Juni 2019, Frankfurt am Main

**Maßnahmen zur Kostensenkung von Niedrigstenergiegebäuden**

Wie kann kostengünstig und dennoch energieeffizient gebaut werden? Wie kann die Kostenschere zwischen energieeffizienten und kosteneffizienten Neubauten geschlossen werden?

Auf der Fachveranstaltung im Rahmen des EU-Projekts „Solution sets for the Cost reduction of new Nearly Zero-Energy Buildings“ werden technische Lösungsansätze für eine deutliche Kosteneinsparung bei neuen Niedrigstenergiegebäuden vorgestellt und bezüglich ihrer praktischen Anwendbarkeit bewertet. Im Fokus stehen Mehrfamilienhäuser. Die identifizierten kostensparenden Lösungsansätze beinhalten technische Lösungen aus dem Bereich

der Gebäudehülle und der Anlagentechnik, aber auch mögliche Kosteneinsparungen im Bereich der Planung und Umsetzung auf der Baustelle. Zwei weitere Themenschwerpunkte behandeln zukunftsweisende Energiekonzepte für Wohngebäude und -quartiere sowie Kostensenkungspotenziale durch Serielles Bauen und Building Information Modeling (BIM).

Die Anmeldung ist noch bis zum 6. Juni 2019 über [www.abgnova.de](http://www.abgnova.de) möglich.

(koch) ■

➔ **Weitere Informationen finden Sie im Veranstaltungsflyer unter <https://bit.ly/2KnJ3jr> und unter: [www.abgnova.de](http://www.abgnova.de)**

**wi Wohnungspolitische Informationen**

Herausgeber:  
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin: Katharina Burkardt,  
Stv. Chefredakteur: Andreas Schichel

Redaktion:  
Antonia Koch, Klaus Schrader

Anschrift der Redaktion:  
Klingelhöferstraße 5  
10785 Berlin  
Tel.: 030 82403-151  
Fax: 030 82403-159  
E-Mail: [redaktion@wi-aktuell.de](mailto:redaktion@wi-aktuell.de)

Verlag:  
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG  
Munzinger Straße 9  
79111 Freiburg

Standort Hamburg:  
Hufnerstraße 28  
22083 Hamburg  
Tel.: 040 211165-32  
Fax: 040 211165-3332

Aboverwaltung:  
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249  
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446  
E-Mail: [Zeitschriften@haufe.de](mailto:Zeitschriften@haufe.de)

Media Sales (Print/Online):  
Oliver Cekys, Tel.: 0931 2791-731  
E-Mail: [oliver.cekys@haufe.de](mailto:oliver.cekys@haufe.de)  
Klaus Sturm, Tel.: 0931 2791-733  
E-Mail: [klaus.sturm@haufe.de](mailto:klaus.sturm@haufe.de)  
Heike Tiedemann, Tel.: 040 211165-41  
E-Mail: [heike.tiedemann@haufe.de](mailto:heike.tiedemann@haufe.de)

Für Anzeigen gilt die Preisliste ab 1.1.2019.  
[www.mediacyber.haufe.de](http://www.mediacyber.haufe.de)

Druck: rewi druckhaus, Wissen

Bezugspreis jährlich:  
126,80 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand  
Erscheinungsweise wöchentlich, Abonnements-  
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von  
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG

Nur Originalbeiträge. Für unverlangt eingedachte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Nachdruck oder elektronische Weiterverarbeitung von Beiträgen und Nachrichten oder Teilen daraus nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

**wi Online-Archiv**

Die web-Präsenz der wi finden Sie unter [www.haufe.de/immobilien](http://www.haufe.de/immobilien) in der rechten Seitenhälfte, indem Sie bis zum Menüpunkt „**Zeitschriften**“ nach unten scrollen und dort anhand der Menüpfeile die wi auswählen.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „**Anmelden**“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf [www.haufe.de](http://www.haufe.de) verfügen, können Sie unter „**Neuregistrierung**“ ein Konto anlegen.

Nach der Anmeldung erscheint oben rechts, neben Ihrem Benutzernamen unter „**Meine Produkte starten**“, die wi. Anschließend können Sie alle Ausgaben der wi als Blätter-PDFs auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone anschauen. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse an. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in Ihrer Übersicht.

9. Mai 2019, Berlin

## Wohnungsbau-Tag – Fakten-Check: Wer baut Deutschland?

Das Bündnis „Impulse für den Wohnungsbau“ lädt bereits zum 11. Mal zum Fachforum Wohnungsbau-Tag am 9. Mai 2019 in die Landesvertretung Bayern nach Berlin ein. Neben der Präsentation der Ergebnisse aus der neuen Studie des PROGNOSE-Instituts „Wer baut Deutschland?“ erwarten die Teilnehmer außerdem spannende Fachdiskussionen mit zahlreichen Spitzenpolitikern. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion **Ralph**

**ZU WENIG  
ZU TEUER  
ZU WEIT WEG**  
Deutschlands soziale Frage: WOHNEN

**Brinkhaus**, die SPD-Partei und Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag **Andrea Nahles**, der Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag Dr. **Dietmar Bartsch** sowie

Länder-Bauminister und -senatoren und Vertreter von Verbänden diskutieren über die aktuellen Herausforderungen der Wohnungspolitik. (koch) ■

➔ Infos zu Programm und Anmeldung finden Sie unter [www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de](http://www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de)

## POLIT-AKTEURE



**Ralph BRINKHAUS**  
CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender



**Andrea NAHLES**  
SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende



**Dr. Dietmar BARTSCH**  
Fraktionsvorsitzender der LINKEN



**Marco WANDERWITZ**  
Parlamentarischer Bau-Staatssekretär



**Natascha KOHNEN**  
SPD-Bundesvize



**Dr. Hans REICHHART**  
Bauminister in Bayern



**Dr. Uwe BRANDL**  
Präsident Deutscher Städte- und Gemeindebund



**Dr. Dorothee STAPELFELDT**  
Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen in Hamburg



**Hans-Joachim GROTE**  
Vorsitzender Bauministerkonferenz und Innenminister in Schleswig-Holstein

Quelle: Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“

## ZAHL DER WOCHE

# 47,5

Prozent aller Haushalte in Deutschland verfügen über Grund- und Immobilienbesitz. Seit 2008 hat sich dieser Anteil kaum verändert. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilte, lag der Anteil immobilienbesitzender Haushalte vor 10 Jahren nur einen halben Prozentpunkt höher als heute. Die Tendenz ist also eher rückläufig. Mit zunehmender Haushaltsgröße steigt der Anteil der Immobilieneigentümer. So hatten knapp 31 Prozent der Einpersonenhaushalte Haus- und Grundbesitz. Bei Haushalten mit zwei Personen und solchen mit drei Personen betragen die Quoten 55 Prozent beziehungsweise 60 Prozent. Von den Haushalten mit vier sowie fünf und mehr Personen besaßen 71 Prozent beziehungsweise 70 Prozent Häuser oder Grundstücke. 31 Prozent der privaten Haushalte in Deutschland besaßen Anfang 2018 Einfamilienhäuser. Die zweithäufigste Form des Immobilienbesitzes waren mit 14 Prozent Eigentumswohnungen gefolgt von Zweifamilienhäusern die im Besitz von fünf Prozent der Haushalte waren. Vier Prozent der Haushalte besaßen unbebaute Grundstücke ein ebenso hoher Anteil verfügte über sonstige Gebäude. Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen besitzen nur zwei Prozent der Haushalte ■

## Recht so

## Zum Berliner Mietspiegel 2015

Mit Urteil vom 26. März 2019 hat das Landgericht Berlin mitgeteilt, dass zur Feststellung der ortsüblichen Vergleichsmiete nicht der Mietspiegel 2015 zur Grundlage genommen werden könne, da dieser nach Einholung eines Sachverständigengutachtens im konkreten Einzelfall nicht als geeignete Schätzgrundlage erachtet werden könne. Die Kammer hat dazu ausgeführt, dass der Mietspiegel 2015 auf Daten beruhe, die nicht nach anerkannten Grundsätzen ausgewertet worden seien. Insofern hat das Gericht die ortsübliche Vergleichsmiete auf der Grundlage eines Sachverständigengutachtens festgesetzt (Az.: 63 S 230/16). ■

## EXPERTENMEINUNG von Carsten Herlitz Justiziar des GdW

„Die Entscheidung hat in der Öffentlichkeit einige Resonanz erfahren. Zunächst ist festzuhalten, dass die Entscheidung nicht den aktuellen Berliner Mietspiegel betrifft und andere Kammern der Landgerichte eine andere Ansicht zur Qualifiziertheit des Mietspiegels vertreten haben. Insofern sprechen einige schon vom ‚Berliner Mietspiegelquiz‘. Das entsprechende Sachverständigengutachten wurde auch nicht von der Vermieterin in Auftrag gegeben, sondern erfolgte auf Beweisbeschluss des Gerichts. Kosten und Aufwand des qualifizierten Mietspiegels erfordern jedenfalls mehr Rechtssicherheit. Die Stärkung der Rechtssicherheit und damit der Akzeptanz von qualifizierten Mietspiegeln könnte eine Aufgabe des Gesetzgebers sein – ohne den Charakter der ortsüblichen Vergleichsmiete zu verändern.“ ■



Foto: Sebastian Schobbert